



Kein weiterer Ausbau des Sozialstaates

Die JSVP kämpft mit einer Initiative gegen Kapazitätsabbauten und Verkehrsschikanen zu Lasten des Autoverkehrs und ein Komitee mit der Unterstützung der SVP Schweiz wehrt sich gegen einen weiteren Ausbau des Sozialstaats. Helfen Sie mit!



Ein anstrengendes Wahljahr neigt sich bald dem Ende entgegen. Wer glaubt, man könnte jetzt etwas zurücklehnen, befindet sich auf dem Irrweg. Unser Engagement ist mehr denn je gefragt, denn es warten einige Herausforderungen auf uns.

Die JSVP benötigt dringend unsere Unterstützung für die Antistauinitiative. Flüssiger Verkehr nützt allen! Die Initiative verhindert weitere Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs. Unterschriftenbögen können auf www.antistauinitiative.ch heruntergeladen werden. Es braucht jede Unterschrift! Es fehlen noch rund 900 Unterschriften, welche bis Ende Dezember gesammelt werden müssen.

Der Ausbau der Sozialwerke schreitet weiter voran. Einerseits schlägt der Bundesrat eine Überbrückungsrente für ausgesteuerte Arbeitslose über 60 Jahren vor. Die Kosten werden sich bei etwa 230 Millionen Franken einpendeln. Andererseits soll Vätern ein Urlaub von 14 Tagen gewährt werden. Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum ergriffen. Die direkten Kosten dafür betragen rund 250 Millionen Franken. Die indirekten Kosten sind weitaus höher.

Diese beiden Vorhaben müssten durch die Gesellschaft finanziert werden. Höhere Abgaben schwächen den Konsum. Eine Verteuerung unserer Kosten können wir uns nicht leisten. Am Sternenhimmel der Auftragslage ziehen Wolken auf. Die Sozialauslagen nehmen ständig zu. Das Bevölkerungswachstum und die Leistungsproduktivität entwickeln sich gegenteilig. Die Wirtschaft wächst weniger stark, Ausgaben werden stärker auf die noch arbeitende Bevölkerung verteilt. Liebe Leserinnen und Leser ich danke Ihnen nochmals, dass Sie mich auch nach den Wahlen noch unterstützt haben. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien besinnliche Adventstage, frohe Festtage und einen motivierten Start ins neue Jahr 2020.

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Wichtiges im Januar



16 | Kantonale
Delegiertenversammlung

18 | Kadertagung SVP Kanton Luzern

25 | Eidg. Delegiertenversammlung

Flüssiger Verkehr nützt allen!

Unterschreiben Sie die Antistauinitiative der JSVP – es fehlen noch ca. 900 Unterschriften!

AUS DER REDAKTION

Aus dem «SVP Kurier» wird neu die «SVP news», das offizielle Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern. Die «SVP news» erscheinen monatlich und sind als online-Version jeweils aktuell auf der Website der SVP Kanton Luzern zum Download bereit. Selbstverständlich kann auf Bestellung eine Printversion zugestellt werden.

Mit den «SVP news» will die Parteileitung des SVP Kanton Luzern schneller und fokussierter über wichtige Themen und Entscheidungen informieren. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung
Die Parteileitung der SVP Kanton Luzern



Das müssen Sie wissen

Flüssiger Verkehr nützt allen!

Die Antistauinitiative der Jungen SVP Kanton Luzern hat zum Ziel, dass Verkehrsschikanen wie Fahrbahnhaltestellen für Busse oder Dosierungsanlagen nicht mehr neu errichtet werden dürfen. Zudem soll sich die Strassenkapazität der Kantonsstrassen künftig an der Nachfrage orientieren.

Sind Sie für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsmittel und wollen Sie, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) nicht weiter geschwächt wird? Dann unterschreiben Sie die Antistauinitiative.

Dem Verkehr den nötigen Raum geben

Stau verursacht in der Schweiz rund 1.6 Milliarden Kosten pro Jahr. Mit der Antistauinitiative will die Junge SVP des Kantons Luzern, dass diese Kosten im Kanton Luzern abnehmen, denn das Auto ist das wichtigste Verkehrsmittel. So gibt es im Kanton Luzern über 216'000 zugelassene Motorfahrzeuge. Für viele Pendlerinnen und Pendler sowie für das lokale Gewerbe ist die Mobilität von grösster Bedeutung. Die Antistauinitiative will dem motorisierten Individualverkehr (MIV) den nötigen Raum geben, damit Gewerbe und Bürger eine möglichst hohe Mobilität geniessen und die Strassenkapazität ihren Bedürfnissen entspricht. Für die Unternehmen im Kanton Luzern ist die Erreichbarkeit von grosser Bedeutung. Insbesondere in der Agglomeration und der Stadt Luzern ist diese oft nicht mehr gewährleistet. Das schadet der Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet damit Arbeitsplätze. Auch sollen weitere Einschränkungen des motorisierten Verkehrs verhindert werden. Deshalb werden zusätzliche Spurabbauten zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs und Langsamverkehrs sowie Kapphaltestellen nicht mehr möglich sein.

TCS unterstützt Initiative

«Die Initiative will verhindern, dass sich die Bedingungen für den motorisierten Individualverkehr verschlechtern. An dieser Stoss-

richtung ist grundsätzlich nichts auszusetzen», sagt Peter Schilliger, Präsident der TCS-Sektion Waldstätte. «Dem MIV muss auch künftig entsprechend Platz zur Verfügung stehen, damit der Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsachsen weiterhin gewährleistet ist und keine Verschiebung des Verkehrs in Wohnquartiere erfolgt.» Das Zusammenspiel und Nebeneinander aller Verkehrsmittel ist für die TCS-Sektion Waldstätte dabei von zentraler Bedeutung. «Dem MIV wird zurzeit jedoch insbesondere in städtischen Gebieten zu wenig Bedeutung beigemessen», so Schilliger.

Zahlen belegen Forderung

Eine Umfrage von DemoScope bei TCS-Mitgliedern hat ergeben, dass 60% mit einer autofeindlichen Politik, wie sie die Stadt Luzern betreibt, nicht einverstanden sind. 88% der Befragten waren der Meinung, dass das vorwärtskommen mit dem Auto verbessert werden muss und 76% wollen nicht, dass der MIV gegenüber dem ÖV benachteiligt wird. Zahlen von LUSTAT Statistik Luzern unterstreichen die Bedeutung des motorisierten Individualverkehrs. 73% der Bevölkerung gehen einer Tätigkeit ausserhalb der eigenen Wohnge-
meinde nach. Dabei wird meistens das Auto verwendet: 60% der interkantonalen Pendler reisen mit dem Auto, nur gerade 30% nutzen den öffentlichen Verkehr. Rund Zweidrittel der Distanzen werden mit dem Auto zurückgelegt. Vor diesem Hintergrund ist es höchste Zeit für die Antistauinitiative.

Weitere Informationen unter:
www.antistauinitiative.ch

Nachgefragt bei



Patrick Zibung
Präsident JSVP
Kanton Luzern

Weshalb setzen Sie sich für die Antistauinitiative ein?

Im Kanton Luzern erwarten wir bis 2040 20% mehr Autoverkehr. Während beim ÖV Vollgas gegeben wird, steht man bei Projekten für den Autoverkehr permanent auf die Bremse. Es ist illusorisch zu glauben, dass mit immer mehr Verboten und Einschränkungen, das Autofahren verhindert werden kann

Dies zeigt sich insbesondere an der verfehlten Verkehrspolitik der Stadt Luzern, mit der immer mehr Verkehr auf die Agglogemeinden ausweicht, weil es in der Stadt kein Durchkommen mehr gibt. So werden Leute aus den Randgebieten bewusst aus den Zentren ferngehalten. Diese linksgrüne Verkehrspolitik dringt leider immer mehr in die Kantonspolitik. Gerade als Jungpartei ist es uns wichtig, dass wir uns heute den Problemen von morgen annehmen und mit unserer Initiative dafür sorgen, dass die individuelle Mobilität künftig für alle gewährleistet ist.

Das müssen Sie wissen

Kein neues und teures Sozialwerk

Nur die SVP kämpft gegen die Abschiebung von älteren Arbeitnehmenden in die Sozialwerke. Ihr Mittel dazu ist die Begrenzungsinitiative – ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selbst zu steuern.

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit gibt es eine unkontrollierte Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern bis zu 80'000 Personen mehr in unser Land ein, als es verlassen. Die negativen Folgen sind deutlich: Der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Nicht zuletzt werden ältere Arbeitnehmende zunehmend durch junge, billige ausländische Arbeitskräfte ersetzt. Die Begrenzungsinitiative will hier einen Riegel vorschieben.



Pro Jahr wandern bis zu 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein, als sie verlassen.



Unverständliche Haltung

Der Bundesrat und die Sozialkommission des Ständerates wollen für ältere, arbeitslose Arbeitnehmende eine neue Rente einführen. Sie sollen bis zur Pensionierung Überbrückungsleistungen bekommen. Dies in einer Zeit, in der unsere Sozialwerke nicht finanziert



sind und die Sozialkosten explodieren. Statt die Probleme zu lösen, will der Bundesrat ein neues, teures Sozialwerk ins Leben rufen.

Zuwanderung reisst nicht ab

Inzwischen werden bereits 46-jährige Arbeitnehmende zunehmend in die Sozialhilfe abgeschoben. Gemäss einem Bericht der Städteinitiative Sozialpolitik hat sich das Sozialhilferisiko bei den 46- bis 55-Jährigen in den letzten 10 Jahren auf 5,7 Prozent deutlich erhöht. Laut einer Untersuchung sind EU-/EFTA-Bürger fast zweimal häufiger erwerbslos und sie ziehen mehr Geld aus der Arbeitslosen-kasse als sie einbezahlt haben. Und obwohl bereits sechs von zehn Sozialhilfeempfängern Ausländer sind, reisst die Zuwanderung nicht ab. Zum Erhalt unserer Sozialwerke fordert die SVP, dass die Zuwanderung endlich wieder selbst gesteuert wird. Die Schweizer Stimmbevölkerung kann diese Frage mit der Begrenzungsinitiative selbst entscheiden.

Bild des Monats



Kantonsratsfraktion bereitet sich intensiv vor

Am 2. und 3. Dezember 2019 fand die letzte Kantonsratssession in diesem Jahr statt.

Im Bild sehen Sie unsere Kantonsratsfraktion, die sich gerade intensiv auf die Session vorbereitet, denn es standen wichtige Themen an, wie etwa die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Glücksspiele, die Umwandlung des Luzerner Kantonsspitals in eine Aktiengesellschaft oder die Anpassung der Ladenschlusszeiten. An den Fraktionssitzungen wird engagiert und offen diskutiert, um die Meinungen der SVP-Wählerschaft bestmöglich abzudecken.



Ihre Teilnahme ist für eine breit abgestützte Meinung notwendig.



Ich hoffe, dass möglichst viele Delegierte der Einladung folgen, denn für die Parolenfassung ist eine möglichst hohe Teilnahme wichtig, um die Meinung breit abzustützen.

Liebe Luzerner SVPlerninnen und SVPlern

Am 16.1.2020 findet im Wahlkreis Entlebuch die Kantonale Delegiertenversammlung der SVP Kanton Luzern im Restaurant Kloster, Oberdorf, 6106 Werthenstein statt. Auf die Gäste warten spannende Themen. Der Schwerpunkt des Anlasses liegt auf der Analyse der Nationalrats- und Ständeratswahlen 2019 sowie den Abstimmungsvorlagen: Es werden die Parolen gefasst:

Für:

1. Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen»
2. Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung).

Angela Lüthold-Sidler,
Präsidentin SVP Kanton Luzern

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem kann eine Printversion angefordert werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch

Immer mehr Lohnabzüge von allen für Gratis-Ferien für wenige?

NEIN zum teuren Vaterschaftsurlaub

Keine Gratisferien für Wenige

Gegen den Vaterschaftsurlaub wurde das Referendum ergriffen. Ein notwendiger Schritt, denn die Gratisferien für wenige belasten alle.

«Wir sind gegen Gratisferien für wenige, welche durch Lohnabzüge von allen finanziert werden», sagt Nationalrätin Diana Gutjahr. Sie ist Co-Präsidentin des Referendumskomitees gegen immer mehr staatliche Abgaben, das sich gegen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs wehrt.

Bundesrat gegen Vaterschaftsurlaub

Während der Mutterschaftsurlaub für erwerbstätige Mütter im Bundesgesetz verankert ist, ist der Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub gesetzlich nicht geregelt. Immer mehr Arbeitgeber bieten Vätern die Möglichkeit, nach der Geburt ihres Kindes einen Vaterschaftsurlaub zu beziehen. Dieser Spielraum der Arbeitgeber wurde schon mit über 30 parlamentarischen Vorstössen, die allesamt im Parlament scheiterten, angegriffen.

Nachdem das Parlament 2016 eine parlamentarische Initiative für einen Vaterschaftsurlaub abgelehnt hatte, wurde die Vaterschaftsurlaub-Initiative lanciert. Das Parlament erarbeitete einen Gegenentwurf für 2 Wochen, dem dann auch zugestimmt wurde. Der Bundesrat hingegen lehnt bis heute eine gesetzliche Lösung ab, die über einen Tag «Sonderurlaub» für frisch gebackene Väter hinausgeht. Aus diesem Grund hat das Initiativkomitee beschlossen, die Initiative zugunsten des Gegenentwurfs zurückzuziehen. Gegen dieses Gesetz wurde nun das Referendum ergriffen.

Kosten für alle

«Weniger Lohn für alle Arbeitnehmenden, mehr Ausgaben für den Staat und ein grosser Bürokratieberg für die Arbeitgeber», fasst die Berner Nationalrätin Nadja Pieren ihre Meinung gegen den Vaterschaftsurlaub zusammen und doppelt nach: «Ein guter Vater ist man nur, wenn man dem Kind ein Leben lang konstant Zeit und Aufmerksamkeit schenkt und nicht nur zwei Wochen nach der Geburt.» Der Vaterschaftsurlaub würde wie der Mutterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung (EO) finanziert. Die geschätzten Kosten dafür belaufen sich auf rund 250 Millionen Franken pro Jahr. Hinzu kommt, dass Arbeitsplätze gefährdet werden. Die indirekten Folgekosten, wie etwa der Aufwand für die Suche von Stellvertretern oder die Ausgaben durch Abwesenheiten sind nicht mitgerechnet. Diese steigern die Herstellungs- und Produktionskosten in der Schweiz massiv und belasten unsere Wettbewerbsfähigkeit. Und eines ist klar: Der Vaterschaftsurlaub ist erst der Anfang. Linksparteien wollen einen noch grosszügigeren Urlaub erreichen. Sie planen eine Initiative für eine Elternzeit im Umfang von 30 Wochen oder mehr.

Weitere Informationen unter:
www.lohnabzuege-nein.ch